

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint am allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Auf Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Die Hochzeiten und Bestattungen, unsere Anzeigen u. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Geschäftsstelle, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Berücksichtigung behält die Redaktion sich das Recht vor, die Druckfertigkeit der Druckerei auf Verlegung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. Abkündigung einzelner Belegblätter erfolgt nur, wenn Abkündigung beiliegend.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3-spaltige Reklameweile im täglichen Teile 1 RM. Nachmittagsbeilage 20 Reichsmark. Vorgelegte Reklameweile werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 39 — 92. Jahrgang Telegt.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 15. Februar 1933

Biel Lärm um nichts.

Man müht sich draußen in gewissen Teilen des Auslandes geradezu ab, allerhand finstere Pläne oder bevorstehende „Extraktionen“ in die deutsche Außenpolitik hineinzugehemmen. Herr Herriot erzählt wilde Räuber-geschichten von einem deutsch-italienischen Bündnis — und muß sich sogar vom derzeitigen französischen Vorkämpfer in Rom lassen, daß „dortwärts“ nichts davon bekannt sei. Allerdings müssen leider einige Zweifel bestehen, ob man bei der jetzigen französischen Regierung Daladier den entsprechenden deutschen und italienischen Dementis auch wirklich Glauben schenkt, ob vielmehr nicht jene angebliche Verabredung bereits zu einer Art fixen Idee geworden ist. Sonst hätte Herriot diese Abgeburt wohl kaum in die Welt gesetzt und sonst hätte wohl auch nicht einer der Führer der Herriot-Partei jetzt in der Deputiertenkammer sich nicht so scharf gegen die seine Verhinderung der Heeresausgaben ausgesprochen, die von seinem eigenen Parteifreund Daladier vorgeschlagen wurde. Der Widerspruch erfolgte unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die „Situation in Deutschland“. Andere Abgeordnete der Rechten, aber auch der Linken, kamen immer wieder auf diese „Situation“ zu sprechen. Dabei handelte es sich um ganze 84 Millionen Mark, die Daladier an den Militärausgaben zu streichen durchgehört hat. Und wenn De Jouvenel aus Rom auch tausendmal die Gerüchte über ein deutsch-italienisches Militärbündnis als vollkommen haltlos bezeichnet und ihre Verbreitung bedauert, — man weiß das eben in Paris alles viel besser! Man weiß dort auch ganz genau, daß Italien an Ungarn — dem Dritten im heimtückischen Bunde — nicht bloß Massen von Waffen, sondern auch schon 32 Flugzeuge verkauft hat. Womit eben die Triple-Entente Rom-Budapest-Berlin „erwiesen“ ist. „Da kannste halt nix machen“, wären unsere bayerischen Landstürmer sagen.

Denn der Hinweis darauf, daß der deutsche Außenminister der beiden vorangegangenen Kabinette, v. Neurath, auf persönliche Veranlassung des Reichspräsidenten auch in der neuen Regierung sitzt, die vielberufene „Konkretion“ der deutschen Außenpolitik“ mit hin auch schon äußerlich gewahrt ist, genügt nicht, den ausstehenden Argwohn gegen irgendwelche wilden Pläne Deutschlands so leicht zu erlösen. Auch die außenpolitischen Momente in der Abrüstungsfrage durchaus gemäßigten Äußerungen des neuen Reichsstaatskanzlers Hitler konnten nicht verhindern, daß man in Frankreich von einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Berlin und Rom zu glauben begann, die vor allem eine deutsche Spitze gegen Jugoslawien, indirekt also gegen Frankreich aufweise. Daß Mussolini gewisse Absichten auf die Ostküste der Adria hat, ist wohl nicht unbekannt, — aber jene Wünsche Mussolinis interessieren uns nicht im mindesten. Daß sich aber hierin die Dinge nicht bloß zwischen Rom und Belgrad, sondern auch zwischen Rom und Paris erheblich zuspitzen haben, läßt sich nicht leugnen und — in dieser Zusammenhang werden die Märchen von dem deutsch-italienischen Militärbündnis hineingestellt, das wenigstens „moralisch“ den Italienern den Rücken hätte. Herriot selbst schreibt aber — und er ist jetzt für Frankreichs Außenpolitik der Mann schon nicht mehr hinter, sondern vor den Kulissen —, daß mit Italien bessere Beziehungen herzustellen einfach nicht mehr möglich sei, und gleichzeitig macht er weitere Andeutungen über das eifrige Bestreben seiner Regierung Daladier, die Beziehungen zu Russland nach jeder, auch nach der — militärischen Richtung enger zu gestalten. Der russische Vorkämpfer in Paris ist zur Zeit ein „vielschichtiger“ Mann. Und man darf daran erinnern, daß derselbe Herriot es war, der mit Sowjetrußland den Richtangriffspunkt abschloß: jetzt versucht er, für seine Lockungen an Moskau auch die neue deutsche Innenpolitik mit ihrer scharfen Frontstellung gegen den Kommunismus auszuspielen.

Diese Ängste nebst den politischen Gegenmaßnahmen in Paris muten in Deutschland geradezu als phantastisch an. Aber der Franzose sieht sich jetzt der erstaunlichen Tatsache gegenüber, daß trotz der schweren innenpolitischen Zustände in Deutschland, trotz der scharfen Gegensätze und noch schärferen Wahlkampfreden das ganze deutsche Volk einig und geschlossen hinter jeder Regierung steht, die die Außenpolitik des vor einem Jahre zweimal gesprochenen „Nein“ — in der Frage der Tributzahlung und in der des Wehrlosbleibens — weiterzutreiben entschlossen ist. Und ebenso steht man in Paris vor der zweiten Tatsache, daß Herr Paul-Voncour in Genu mit seinem ganzen Abrüstungsplan festgefahren ist. Aber er ist dort auch noch mit anderen Dingen festgefahren. Mit dem ganzen deutsch-französischen Verhältnis nämlich, das politisch immer schlechter geworden ist seit jener Weigerung Herriots, mit Berlin direkt über dieses Verhältnis zu verhandeln. Dieses Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ist aber nun einmal der Drehpunkt aller europäischen Politik. Und vorläufig ist gar nicht abzusehen, wie der damals von Herriot begangene Fehler wieder gutgemacht werden soll. Er versucht es nun durch Verstärkung des eisernen Ringes um Deutschland herum: daran freilich, daß diesem Streben auch der ganze Weltabrüstungsgedanke zum Opfer fallen muß, wird man auch in Paris nicht zweifeln.

Erst „Sicherheit“, dann „Abrüstung“

Frankreichs „eindeutige Unnachgiebigkeit“

Der politische Ausschuss der Abrüstungskonferenz trat zum erstenmal seit dem Februar vorigen Jahres zu der von der französischen Regierung geforderten Behandlung der Sicherheitsfragen zusammen. Zu Beginn der Aussprache gab der italienische Vertreter Marquis Sotomayor eine kurze Erklärung ab, in der er die bekannte grundsätzliche Haltung der italienischen Regierung uneingeschränkt aufrechterhielt. Er betonte scharf die „eindeutige Unnachgiebigkeit“ in der Haltung Paul-Voncours und verlangte in Übereinstimmung mit der deutschen Abordnung eine sofortige Regelung der qualitativen Materialabrüstung als der entscheidenden Hauptfrage der Konferenz.

Paul-Voncour verlangte, daß der Ausschuss sich zunächst mit dem kontinentalen Valt gegenseitiger Hilfeleistungen der Staaten befassen müsse, nach dem sich die europäischen Mächte gegenseitige Hilfe im Falle des Angriffs zusichern sollen. Die weitere Behandlung der Sicherheitsfrage hänge von der Entscheidung dieser Frage ab, die maßgebend für die vorgeschlagene Vereinheitlichung der europäischen Armeen sei. Vorkämpfer Radolny betonte, daß die Reihenfolge der zur Verhandlung kommenden Fragen gleichgültig sei und verlangte die Aufstellung eines Arbeitsprogramms und den Beginn der sachlichen Verhandlungen. Die deutsche Abordnung hoffte, daß endlich auf dem Abrüstungsgebiet das gleiche Maß praktischer Ergebnisse erzielt würde, wie dies bereits auf dem völkerrechtlichen Sicherheitsgebiet geschehen sei.

Der politische Ausschuss beschloß nach längerer Geschäftsordnungsansprache auf Grund eines französisch-spanischen Antrages, die sachlichen Verhandlungen mit den beiden Punkten des englischen Arbeitsprogramms am Mittwoch zu beginnen. Diese beiden Punkte sind: 1. Feierliche Erklärung der europäischen Mächte, unter keinen Umständen bei einem künftigen Konflikt Gewalt anzuwenden. 2. Prüfung von politischen Sicherheitsabkommen zwischen den europäischen Staaten.

Danach hat also Frankreich wieder einmal seinen Willen, die Sicherheitsfrage vor der praktischen Abrüstung im politischen Ausschuss zu behandeln, durchgesetzt.

Drei japanische Ultimaten an China.

China lehnt ab.

Die japanische Gesandtschaft in Peking bestätigt, daß drei japanische Ultimaten vorbereitet worden sind, in denen der Rückzug der chinesischen Truppen aus der Provinz Tschschol innerhalb einer bestimmten Frist gefordert wird. Bei Nichterfüllung der Ultimaten würden die mandchurischen und japanischen Truppen mit militärischen Operationen großen Ausmaßes beginnen.

Marshall Tschanghweilang erklärte, daß von China die japanischen Ultimaten nicht beachtet werden würden. In demselben Sinne äußerte sich der chinesische geschäftsführende Ministerpräsident Suna. Die Ultimaten würden abgelehnt werden. Die chinesische Armee werde bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.

Der Neunzehnerausschuß warnt Japan.

Der Neunzehnerausschuß hat in seiner Schlussfassung von der Antwortnote der japanischen Regierung auf die Anfrage wegen der Anerkennung der Oberhoheit Chinas Kenntnis genommen und soeben der japanischen Regierung seine Stellungnahme hierzu übermittelt. Der Ausschuss war der Ansicht, daß die japanische Note keine Grundlage für eine weitere Vermittlung ist und lehnt es ab, in weitere Erörterung der Einzelheiten der japanischen Note einzutreten. Jedoch wird die japanische Regierung ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine neue Verschärfung der Konfliktslage durch weitere militärische Maßnahmen in der Provinz Tschschol zu einem endgültigen Scheitern der Verhandlungen führen müsse.

Der Neunzehnerausschuß beschloß, der Völkerbundsversammlung, die am 21. Februar zusammentritt, die zur Lösung des Fernoststreites vorgeschlagenen Maßnahmen in folgender Reihenfolge vorzuschlagen:

1. Rückzug der japanischen Truppen aus der Mandchurei bis zu der japanischen Eisenbahnzone;
2. Schaffung der Autonomie in den drei östlichen Provinzen unter der Oberhoheit Chinas; Einrichtung der Verwaltung, Schaffung internationaler Kontrolle und der Gendarmen, entsprechend den Vorschlägen des Lyttonberichts.

Der Grundsatz der Oberhoheit Chinas in den drei östlichen Provinzen wird an die Spitze der Empfehlungen des Berichtes gestellt.

Neuer Tumult im Überwachungs-ausschuß.

Auszug der Linken.

Unter Beteiligung der Vertreter aller Parteien trat der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung unter dem Vorsitz des Abg. Löbe (Soz.) am Dienstag wieder zusammen. Als Löbe die Sitzung für eröffnet erklärte, setzte bei den Nationalsozialisten losender Lärm ein, der minutenlang andauerte. Löbe gelang es nicht, eine Erklärung vor dem Ausschuss abzugeben.

Der Lärm legte sich erst, als sich Abg. Dr. Frank II erhob, um eine Erklärung abzugeben. Dr. Frank stellte fest, daß der Vorsitzende nicht imstande sei, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses es nicht dulden werde, daß ein Marxist und Verleumder weiter die Ausschussverhandlungen leite. Da der Vorsitzende somit verhindert sei, den Ausschussvorsitz zu führen, übernehme er als Stellvertreter der Vorsitzenden die weitere Leitung der Verhandlungen. Dr. Frank II begab sich darauf zu dem Platz Löbes und verdrängte ihn. Die Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunisten verließen den Saal. Dr. Frank eröffnete nunmehr als Stellvertreter der Vorsitzenden nochmals die Sitzung mit einem

Ruf: „Ruf für die Opfer der Neunkirchner Katastrophe.“ Die Vertreter des deutschen Volkes seien überzeugt, daß die nationale Regierung ihre Pflicht erfüllen werde, um den Unglücklichen zu helfen. Dr. Frank stellte fest, daß der Ausschuss in seiner Mehrheit seine Erklärung billige und erkläre darauf die Sitzung zum Zeichen der Trauer für geschlossen.

Am Ende der Sitzung kam es auch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Abgeordneten Morath (DVP) und den Nationalsozialisten. Der Abgeordnete Morath ging rauchend an die Tür und wurde darauf von den Nationalsozialisten, die ihm vorwarfen, daß er auch bei der Erörterung des Trauerfalles geredet habe, gestellt und angegriffen. Er erhielt von Abg. Streicher (Nat-

Soz.) einen Faustschlag in den Rücken und verließ unter erregtem Protest den Saal.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, hat beim Reichstagspräsidenten Göring und bei dem Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Reichsinnenminister Dr. Fric, Einspruch erhoben.

Der volksparteiliche Abgeordnete Morath legt Wert auf die Feststellung, daß er nicht etwa mit den Sozialdemokraten und Kommunisten die Sitzung des Überwachungs-ausschusses verlassen wollte, sondern daß er sich erst zum Ausgang begeben habe, nachdem der Stellvertreter der Vorsitzenden, Abg. Dr. Frank II, die Sitzung geschlossen hatte.

Die Sozialdemokraten vertreten die Meinung, daß sich die nationalsozialistischen Mitglieder durch ihr Verhalten gegen §§ 105 und 106 des Reichsstrafgesetzbuches vergangen und damit die Verfassung gebrochen hätten.

Die Vorgeschichte.

Schon in der ersten Sitzung des Überwachungs-ausschusses war es zu fortgesetzten stürmischen Angriffen der nationalsozialistischen Ausschussmitglieder gegen den Vorsitzenden gekommen. Anlaß zu diesem Vorgehen war die Behauptung des nationalsozialistischen Abgeordneten Frank II, Löbe habe im lippeischen Wahlkampf schwer beleidigende Äußerungen gegen Hitler getan. Der Reichstagspräsident hat bekanntlich auf ein Schreiben Löbes, in dem gebeten wurde, für einen reibungslosen Verlauf der Ausschussverhandlungen Sorge zu tragen, geantwortet, daß er sich weitere Maßnahmen vorbehalte und erst einmal Einigungsverhandlungen zwischen den Beteiligten abwarten wolle. Löbe hat in seiner Erwiderung zum Ausdruck gebracht, daß er nur von „Adolf, dem Slowenier“, dagegen nichts von Hitlers blutigen Händen gesprochen habe, wie Abg. Frank II ebenfalls mitgeteilt habe.

Die Hoffnung des Reichstagspräsidenten Göring auf einen Erfolg der Einigungsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten haben sich bisher nicht erfüllt. Man wird mit Spannung den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit abwarten müssen.

Sinnspruch.

Was wir bergen in den Sorgen, Ist das Erdenleid; Was wir lieben, ist geliebt, Bleibt in Ewigkeit. E. Schulze.

Bergeblische Liebesmüh.

Mit Messer und Pistole. — Deutschlands Verschuldung aus Ausland. — Der tote Punkt.

Wieder legt eine entsetzliche Mordwelle über Deutschland, und an zahlreichen Orten, bei Tag und nachts, bilden Pistole und Messer die Mittel des politischen Kampfes. Schneller noch als früher erfolgt der Griff nach der Tasche, wo Pistole und Messer lockerer liegen als vor den Reichstagswahlen des Jult. Damals hat der Wahlkampf 86 Tote gefodtet, — soll es dazu kommen, daß der jetzige trotz seiner zeitlichen Kürze diesen traurigen, blutigen, kostspieligen „Reform“ noch schlägt? Und dabei stehen wir doch jetzt erst im Anfang dieses Kampfes, der noch drei Wochen dauern soll. Allerdings ist die bekannte große Notverordnung gegen den politischen Terror im vorigen Jahre erst erlassen worden, als der Wahlkampf überstanden war. Ob jene draconische Notverordnung es herbeiführte, daß der Terror nachließ, oder ein natürliches politisches „Ermüden“ diesen Erfolg zeitigte, ist gleichgültig, — jedenfalls darf sie! Was aber anscheinend gar nichts geholfen hat, waren die nicht gerade seltenen, sich stets noch verschärfenden Verordnungen gegen den unerlaubten Waffenbesitz. Aus dem Hinterhalt trachen jetzt ganze Soldaten. Und ist die Kugel erstmal aus dem Lauf, dann trifft sie jetzt auch des öfteren als sonst ganz Unbeteiligte. Zum Schutze der Bevölkerung ist eine überaus scharfe Notverordnung über die Presse und das Versammlungsweien ergangen; nur aus letzterem erwuchs so mancher Tat gewalttätigen Schredens. Mit viel Blut wurde der politische Lehrgang bezahlt, den das deutsche Volk durchzumachen hatte, ehe es den hochgetriebenen Grad der Politisierung von heute erreichte. Und zu den politischen Spannungen treten verschärfend die aus der materiellen Not eines Arbeitslosenheeres von jetzt mehr als sechs Millionen entpringenden. Weides ballt sich jetzt zusammen und — die Opfer fallen!

Gewiß ist die Arbeitslosenziffer auch im Januar wieder um über 300 000 gestiegen, doch um etwa 18 Prozent weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ihre tatsächliche Höhe ist aber derart, daß wir vorerst immer nur von einem langsamen, stolpernden, fruchtlosen Vorwärtsschreiten der deutschen Wirtschaft sprechen können. Es ist wenigstens im allgemeinen nicht schlechter geworden, — darf man mit der Vorsicht sagen, die aus eine vierjährige Krise anzuwenden allmählich gelehrt hat. Und zu dieser Vorsicht muß sich ja ständig die Furcht davor hinzugesellen, daß wieder einmal irgendein plötzliches Ereignis, irgendein staatliches Eingreifen draußen in der Welt neue Störungen in das Wirtschaftsleben der Welt und die besonders krisenempfindliche deutsche Wirtschaft hineinbringt. Keine Vorsicht und diese Befürchtung distillieren auch jene Verhandlungen den Gang, die zur Zeit in Berlin über die Stillhaltekredite stattfinden, über jene kurzfristigen Schuldverpflichtungen der deutschen Privatwirtschaft an das Ausland also, die noch eine Höhe von etwa 4,5 Milliarden besitzen und für die bisher etwa 200 Millionen Mark Zinsen und Amortisationen bezahlt werden mußten. Doch das ist ja nur ein Teil unserer geradezu grauenhaft hohen Verschuldung an das Ausland, ist selbst nur die Hälfte der kurzfristigen Kredite überhaupt. Und hinzu kommen noch über zehn Milliarden langfristige Schulden und Anleihen, davon allein zwei Milliarden für die Dawes- und Young-Anleihe, von deren Erlös wir Deutsche selbst nur 350 Millionen Mark erhielten, die wir aber mit 5 bzw. 6 Prozent verzinsen mußten. Noch ist es im vergangenen Jahre gelungen,

dem Ausland gegenüber unseren Zinsverpflichtungen recht und schlecht nachzukommen, aber unter den Opfern, die uns das kostete, die aber geleistet werden mußten, waren die 200 Millionen Mark an Goldverlusten der Reichsbank noch das geringste. Um so schärfer geht das deutsche Drängen dahin, wenigstens die Zinslast zu erleichtern, die schon deswegen viel zu groß ist, weil die diesbezüglichen Verpflichtungen zu einer Zeit eingegangen wurden, als es in Deutschland trotz der Zusammenbrüche des Jahres 1931 immer noch besser ausfiel als heute. Und als der Ertrag der Wirtschaft noch nicht so tief gesunken war, daß die Ziffer allein schon der unterflühten Arbeitslosen auf über sechs Millionen stand. Gewisse Gläubiger sträuben sich auch bei den jetzigen Verhandlungen über die Stillhaltekredite gegen eine Ermäßigung der Zinslasten, wollen erst auf die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz warten, doch von dieser

Spüest du Raum einen Hauch!

Auch die Welt verspürt kaum einen Hauch davon, daß sich seit vierzehn Jahren die Dinge ändern. Jar Zeit wird in Berlin ein Theaterstück aufgeführt, „Die Marneschlacht“, in dem eine Szene auch im Zimmer des damaligen französischen Ministerpräsidenten spielt Briand ist dabei und Poincaré, Foch und die andern, die nur ein Ziel kennen, Deutschland niederzukaffen. Man sollte im Hintergrund dieser Szene auch Herrn Paul-Boncour, zur Zeit französischer Außenminister, auftreten lassen, — dann wäre das eine wirkliche Zeitreportage. Denn er hat in Genf auf der Abrüstungs-

Konferenz eine Erklärung abgegeben, nach der die Frage der deutschen Gleichberechtigung vollständig in der Luft schwebt. Zwar hätten am 11. Dezember 1932 — wir zitieren — „die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Abrüstungskonferenz leiten sollen, darin bestehen müsse, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit biete“. Zwar hat außerdem das gleiche Abkommen vom 11. Dezember 1932 erklärt, daß „dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Konferenz zur Herabsetzung und Begrenzung der Rüstung enthalte, verkörpert werden solle“, — aber jetzt erklärt Herr Paul-Boncour, daß über die Tragweite dieses Abkommens „durchaus verschiedene Auffassungen vorhanden seien“. Er erklärt außerdem, daß jene Vereinbarung „die Konferenz nicht binde und sie lediglich eine Vereinbarung zwischen einigen wenigen Mächten sei“. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß die in jener Vereinbarung ausgesprochene Gleichberechtigung „nur in unlösbarem Zusammenhang mit der Organisation der europäischen Sicherheit behandelt werden könne“. Damit wird die ganze Abrüstungskonferenz zurückgeworfen auf den Punkt, von dem sie ausging, — und die Herren Diplomaten und sonstigen Delegierten hätten es sich sparen können, monatelang an den zauberhaft schönen Ufern des Genfer Sees ihre Zeit zu verbringen. Wenn das Geld, das für diese Dinge angewandt worden ist, den Vätern zugute gekommen wäre, so hätten dadurch wichtigere Fragen, z. B. die der Arbeitslosen, zwar keine Lösung gefunden, aber doch eine Milderung erfahren können.

Dr. Fr.

Nationalwirtschaft und Mittelstand

Ein Staatssekretariat für den Mittelstand.

Dezentralisierung der mittelständischen Kredite. In der Besprechung, die der Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg kürzlich mit den Abordnungen des Mittelstandes, besonders auch des Handwerks und Einzelhandels hatte, wurde u. a. auch die Frage der Einrichtung eines Staatssekretariats für den Mittelstand erörtert. Dr. Hugenberg erklärt, daß er durchaus an seinen darüber früher geäußerten Auffassungen festhalte und die Einrichtung einer solchen Stelle beim Reichswirtschaftsministerium für den neuen Haushalt beantragen werde. Gelegentlich der Rabinettsbildung sei bereits festgestellt, daß im Rahmen der einheitlichen Behandlung aller Wirtschaftsfragen von Reich und Preußen, wie sie durch die Zusammenfassung der Ministerien erstrebt werde,

eine unmittelbar dem Minister unterstehende neue Stelle geschaffen werden solle, deren Aufgabe es sei, in der Wirtschaftspolitik von Reich und Preußen dafür zu sorgen, daß die Gesichtspunkte mittelständischer Wirtschaftsauffassung praktisch Berücksichtigung finden.

Neben anderen Fragen, bei deren Erörterung sich volle Übereinstimmung ergab, wurden auch diejenigen des

mittelständischen Kredits besprochen. Dr. Hugenberg wies darauf hin, daß er seit jeher die Notwendigkeit einer dezentralisierten Gestaltung des Geld- und Kreditwesens des Mittelstandes vertreten habe. Es werde die Aufgabe der nächsten Zeit sein, die ungeliebte Zentralisierung des mittelständischen und ländlichen Kredits, die mit Kriegsbeginn eingesetzt habe, wieder abzubauen und zugleich auch solche Härten und Schäden zu beseitigen, wie sie z. B. durch die feinen Auffassungen nicht entsprechende

Gestaltung der Döihilfe zu Lasten des Handwerks, Einzelhandels usw. entwickelt habe. Selbstverständlich dürfe man auf diesem Gebiet nicht voreilig experimentieren. Er sei aber mit den zu treffenden neuen Maßregeln beschäftigt und werde sie entsprechend der großen Wichtigkeit der Sache beschleunigen.

Stkommissar Hugenberg setzt Döihilfe-Untersuchungsausschuß ein.

Durch die Auflösung des Reichstages und seiner Ausschüsse entfällt die parlamentarische Möglichkeit, die von der Linken erhobenen Anfragen betreffend die Handhabung der Döihilfe weiter zu verfolgen. Es besteht aber bei der neuen Reichsregierung selbstverständlich ein lebhaftes Interesse, die angeblischen Mißstände im Döihilfe- und Siedlungsweien gründlich zu untersuchen und in jeder Hinsicht zu klären.

Der Reichskommissar für die Döihilfe, Reichsminister Dr. Hugenberg, beabsichtigt daher, zu diesem Zweck einen besonderen Ausschuß einzusetzen, der in der Hauptsache aus Mitgliedern des mit dem Reichstag aufgelassenen Untersuchungsausschusses bestehen soll.

Dringliche Vorarbeiten des Reichskabinetts.

Entschuldung der Landwirtschaft. — Neue Zollsätze. Der große Gesamtplan der Entschuldung der Landwirtschaft wird voraussichtlich erst nach den Wahlen dem Reichskabinet vorkliegen. Eng im Zusammenhang hiermit steht ja auch die Frage der deutschen Auslandsverschuldung, die in Kreisen der Reichsregierung ausdrücklich als eine Regierungsaufgabe angesehen wird.

Die Regierung wird gleichfalls in Kürze neue Zollsätze

für die auf Grund des Zusatzabkommens mit Frankreich gekündigten Positionen für Frühgemüse einzelne Fischarten, Küchengewächse, gewisse Öle, Säften usw. herausstellen, die als Grundlage für die bevorstehenden neuen Verhandlungen mit Frankreich zu gelten haben. Von französischer Seite wird der Gesamtwert der betroffenen französischen Einfuhrwaren für 1932 auf rund 30 Millionen Franc für industrielle und vereinhalb Milliarden Franc für landwirtschaftliche Erzeugnisse beziffert. Man hofft auf deutscher Seite, daß sich in den bevorstehenden Verhandlungen ein Abkommen finden läßt, das auch den deutschen Ausfuhrinteressen vollauf gerecht wird.



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Was ist das mit dir, Menschenkind? Was machst du für Sachen? Erst depestierst du aus Barcelona deine Ankunft, ich schide zu jedem Zug an die Bahn, richte einen fürstlichen Empfang ein — und wer nicht kommt, das bist du. Ich mache mir die größten Sorgen, weiß nicht, was ich anfangen soll. Tagelang bleibst du aus, ohne Nachricht zu geben, und dann stichst du mit einem Male da und siehst aus, als ob du von einer Beerbigung und nicht von einer Vergnügungstreife kämst. Sag' mal, woher kommst du eigentlich?“

Zunelung, die er bei ihr zu bemerken glaubte — erzählte von ihren Triumpfen, von seiner Werbung und ihrer Zurückweisung — erzählte, daß er trotzdem an die Liebe des Mädchens glaube. Dann berichtete er von seiner Entdeckung in der kleinen spanischen Stadt und davon, wie er Magdalene gesucht und nicht gefunden hatte. Und daß er nun da wäre und nicht wüßte, was er für das geliebte Mädchen tun könnte.

Und dann, wenn ich diese Festung erstürmt habe, dann werde ich zu meinem Vater fahren. Ich habe Sehnsucht nach ihm und er sicher auch nach mir. Er wird mir verzeihen, wird mich sicher liebevoll aufnehmen, mich und Lucie. Und dann werden wir mit vereinten Kräften versuchen, dir zu helfen!“

